

- | | | |
|----|---|---------------|
| 12 | "Dienstrad-Angebote" für alle Beschäftigten des Bezirksamtes
SPD-Fraktion | 1661/5 |
| 13 | Mehr Mieterschutz I - Stärkung der personellen Voraussetzungen
zur Einführung und Umsetzung von Milieuschutz
SPD/Grüne/LINKE | 1597/5 |
| 14 | Verschiedenes | |
| 15 | Ggf. nicht öffentlicher Sitzungsteil
Bericht des Bezirksamtes über Verkäufe/Verkaufsabsichten von
Grundstücken und Immobilien | |

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Sell
Ausschussvorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias

TOP-Nr.:

Große Anfrage**DS-Nr: 1737/5**

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	
19.11.2020	BVV	BVV-051/5 vertagt
17.12.2020	BVV	BVV-052/5 vertagt

Wie will das Bezirksamt die offenen Stellen rascher besetzen?

Sehr geehrte Frau Vorsteherin,

das Bezirksamt beantwortet die o.g. Anfrage wie folgt:

1. *Wie plant das Bezirksamt, die Zahl der offenen Stellen dauerhaft zu reduzieren und wie will das Bezirksamt die Arbeit in der Personalstelle beschleunigen, um Stellenausschreibungen rascher zu veröffentlichen?*

Trotz der Pandemie ist es in diesem Jahr gelungen, die Zahl der Beschäftigten ausgehend von 1.980 am 31.12.2019 auf 2.087 zum 31.10.2020 real um 107 zu erhöhen. Dies ist der stärkste Anstieg der letzten Jahre. Betrachtet man die Eintritte in unser Haus in diesem Jahr, so liegt auch diese Zahl mit 269 Personen bis 31.10.2020 weit über den letzten Jahren. Wir werden somit bis zum Ende des Jahres voraussichtlich rund 15 % der Gesamtzahl der Beschäftigten neu gewonnen haben.

Im Juli 2016 wurde im Bezirksamt als einem der ersten Bezirke im Land Berlin ein Zentrales Bewerbungsbüro (ZBB) eingerichtet, um den steigenden Ausschreibungszahlen gerecht werden zu können.

Inzwischen werden dem ZBB jährlich mehr als 200 Ausschreibungsverfahren zur Bearbeitung übersandt. Darunter befinden sich zahlreiche Sammelverfahren mit dem Ziel, gleich mehrere Stellen im Rahmen eines Verfahrens zu besetzen.

Ein wesentlicher Baustein dieser positiven Entwicklung war die Weiterentwicklung des ZBB mit der Verlagerung des gesamten Einstellungsprozesses in die SE FinPers. Zum Jahresanfang 2021 werden vier zwischenzeitlich vakant gewordene Stellen und zwei

zusätzliche Stellen im ZBB (wieder) besetzt, wodurch sich die Quantität der Stellenbesetzungsverfahren nochmals deutlich erhöhen wird.

In der Personalstelle ist es im Gegensatz zu vielen anderen Bezirken gelungen, in diesem Jahr alle Stellen zu besetzen. Aus diesem Grund war es auch möglich, dass Charlottenburg-Wilmersdorf als erster Bezirk trotz eines hohen damit verbundenen Verwaltungsaufwandes die Corona-Dankesprämie bereits im September 2020 ausgezahlt hat.

Die Realität zeigt aber auch, dass weiterhin eine hohe Zahl an Austritten - in diesem Jahr bis zum 31.10.2020 162 Austritte - festzustellen ist. Hier sind alle Abteilungen in der Pflicht, durch geeignete Maßnahmen gegenzusteuern. Im Rahmen der Auditierung als familienfreundlicher Arbeitgeber haben wir hier erste Maßnahmen verabredet, die die Bindung der Mitarbeitenden weiter erhöhen soll. Die Personalpolitik wird im Rahmen der Verabredungen zum Audit künftig noch stärker divers und lebensphasenorientiert ausgerichtet. Neben der Weiterentwicklung der alternierenden Arbeit – hier beschleunigt die Pandemie derzeit landesweit den Ausbau sehr stark – soll auch ein neues gemeinsames Führungsverständnis erarbeitet werden.

2. Wie bewertet das Bezirksamt den im Vergleich zu anderen Bezirken höheren Krankenstand in der Bezirksverwaltung und wie will das Bezirksamt den Krankenstand verringern?

Die pauschale Gesundheitsquote der Beschäftigten unserer Bezirksverwaltung ist bisher im laufenden Jahr 2020 gestiegen. Diese lag im ersten Quartal 2020 mit 85,0 %, im zweiten Quartal 2020 mit 89,0 % sowie für den Monat Juli 2020 mit 89,5 % jeweils leicht unter dem Bezirksdurchschnitt (mit 86,1 %, 89,8 % bzw. 90,2 %). Bei der durch die Statistikstelle Personal herausgegebenen monatlichen Auswertung für August 2020 wird für die Bezirksverwaltung Charlottenburg-Wilmersdorf mit 90,6 % im Vergleich zum Bezirksdurchschnitt mit 90,4% bereits eine leicht überdurchschnittliche pauschale Gesundheitsquote der Beschäftigten ausgewiesen.

Die Bezirksverwaltung bietet seit 2017 Gesundheitskurse für die Beschäftigten an den folgenden drei Standorten im Bezirk an: Rathaus Charlottenburg, Landesverwaltungsamt Fehrbelliner Platz und Mosse-Stift. Die Teilnehmer/innen können den Besuch der Kurse je nach Beschäftigungsumfang auf bis zu einer Stunde pro Woche auf die Arbeitszeit anrechnen. Berlinweit gilt diese Möglichkeit der Anrechnung erst seit Inkrafttreten der landesweiten Rahmendienstvereinbarung Personalmanagement mit Wirkung vom 20.07.2018.

Im laufenden Kalenderjahr wurden bis zu den Beschränkungen durch die Pandemie insgesamt 16 Kurse (zum Teil mehrfach) mit folgenden Inhalten angeboten:

- Rücken, Schulter, Nacken
- Yoga
- Pilates Quan Dao
- Qi Gong.

Kursinhalte und Räumlichkeiten sind so ausgerichtet, dass pro Kurs grundsätzlich zwölf Teilnehmer/innen vorgesehen sind, d. h. insgesamt für knapp 200 Beschäftigte der Verwaltung.

Als weitere Maßnahme des bezirklichen Gesundheitsmanagements wird alle zwei Jahre ein sog. Gesundheitstag durch das Personalmanagement organisiert und angeboten.

Dieser Gesundheitstag zeichnet sich durch seine Vielfalt an unterschiedlichen Informationen, Vorträgen, Mittmachangeboten usw. aus. Von „klassischen“ Infoständen unterschiedlicher Krankenversicherungen mit Blutdruckmessungen, Impfberatungen und Vorträgen zum Beispiel zu Darmkrebs und Schokosucht und Reaktions- und Hörfähigkeit usw. wird hier eine hohe Bandbreite an Themen präsentiert, die von einem Gesundheitsmanagement abgedeckt werden können.

Der Gesundheitstag wird regelmäßig von mehreren Hunderten Beschäftigten mit jeweils überwiegend gutem bis sehr gutem Feedback besucht. Die Dienststelle nimmt das altersbedingte Ausscheiden der bezirklichen Gesundheitskoordinatorin zum Jahresende, die aller Voraussicht nach zeitlich mit der zu erwartenden neuen berlinweiten Rahmenvereinbarung Gesundheitsmanagement einhergeht, zum Anlass, das bisherige Wirken und die Erfolge des bezirklichen Gesundheitsmanagements zu evaluieren und ggf. neue Schwerpunkte zu setzen.

Bereits jetzt ist geplant, ab dem vierten Quartal 2021 mit der Fachhochschule für Sport und Management Potsdam (FHSMP) und der Europäischen Sportakademie des Landes Brandenburg (ESAB) ein Duales Studium zum Gesundheitsmanagement mit dem Abschluss Bachelor of Arts in der Bezirksverwaltung zu realisieren. Der Bezirk erhofft sich hiermit einen erheblichen höheren fachlichen Umgang zum Thema Gesundheitsmanagement, als dies bisher durch die Begleitung der Senatsverwaltung für Finanzen der Fall war. Pandemiebedingt können die Vertragsverhandlungen erst zu Beginn des nächsten Jahres weitergeführt werden.

3. *Wie will das Bezirksamt den Personalstand in relevanten Feldern wie Elterngeldstelle, Gesundheitsamt, Verkehrsbehörde und Tiefbauamt dauerhaft erhöhen bzw. die offenen Stellen besetzen, um so eine solide Grundlage zu haben, damit diese ihre Arbeit umsetzen können?*

Zutreffend ist, dass nicht alle ausgeschriebenen Stellen erfolgreich besetzt werden können. Das liegt zum einen an dem quantitativen als auch qualitativen Mangel an Bewerbern in bestimmten Berufsgruppen (Fachkräftemangel, Mangelberufe) im Land Berlin, der dazu führt, dass trotz großer Anstrengungen (z.B. mehr Ausschreibungen über kostenpflichtige externe Ausschreibungsportale) gar keine oder nur sehr wenig Bewerbungen eingehen. Um der Entwicklung der Mangelberufe weiter gegenzusteuern, hat der Bezirk auf der Grundlage eines Rundschreibens der Senatsverwaltung für Finanzen im Februar 2020 die Möglichkeit der Zahlung einer übertariflichen Zulage für die Gewinnung und Bindung von Fachkräften eingeführt. Dies gilt für Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Beschäftigte in der IT und Ingenieurinnen und Ingenieure.

Zur Besetzung der freien Vakanzen wurde im Rahmen der 7. Klausurtagung des Bezirksamts (KT) am 06.10.2020 die Notwendigkeit einer Personalverstärkung der SE Finanzen und Personal in den Bereichen ZBB, Stellenbewertung, Personalstelle und Stellenwirtschaft (KT-Beschluss Nr. 7.1) sowie in den Büroleitungen der fünf Abteilungen (KT-Beschluss 7.2) behandelt. In der Folge hat das Bezirksamtskollegium einen zusätzlichen Personalbedarf für die SE Finanzen und Personal in Höhe von 9 VZÄ anerkannt und beschlossen. Zwei von diesen VZÄ können bereits zum 1.1.2021 besetzt werden. Hinsichtlich des Personalbedarfs der Büroleitungen besteht beim Bezirksamtskollegium Einvernehmen über einen Mehrbedarf von insgesamt 5,5 VZÄ in den Büroleitungen der Abteilungen Jug, Soz und Pers. Die Realisierung erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung der Globalsumme 2021 mit bindender Wirkung auf die Fortschreibung des Stellenplans ab 2022.

Zur Verbesserung der Bewerbungssituation soll unsere neue Personalmarketingkampagne ansetzen, die in diesem Jahr erfolgreich vergeben werden konnte. Ziel der Kampagne ist es, mit der Entwicklung einer eigenen Bezirksmarke und durch möglichst weitgestreute Werbemittel auf den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf als attraktiven Arbeitgeber über die Bezirks- und Stadtgrenzen hinaus aufmerksam zu machen und insbesondere interessierte Menschen außerhalb der Landesverwaltung für eine Mitarbeit in unserer Bezirksverwaltung zu begeistern. Mit einem Rollout der Kampagne ist pandemiebedingt im Frühjahr 2021 zu rechnen.

Daneben werden wir künftig auch noch stärker auf den eigenen Nachwuchs setzen. Die Etablierung des Nachwuchskräftezentrums am Goslarer Ufer war ein erster Schritt, um Nachwuchskräften einen Platz zum Lernen und Arbeiten in der Arbeitswelt 4.0 zu geben. Im allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienst ist es darüber hinaus erfolgreich gelungen, in der mittleren Funktionsebene wieder den Vorbereitungsdienst neben der Ausbildung zu Verwaltungsfachangestellten zu etablieren. In der gehobenen Funktionsebene konnte ein Traineeverfahren etabliert werden. Im Stellenplan waren fünf Stellen zur Realisierung des Traineeverfahrens für 2020 vorgesehen, voraussichtlich kann die Zahl für 2020 auf bis zu 20 Trainees gesteigert und damit vervierfacht werden.

Ferner konnten in den Bereichen Bauingenieurwesen, Soziale Arbeit, Wirtschaftsinformatik, Informatik und Öffentliche Verwaltung dual Studierende und Stipendiaten gewonnen werden. Auch für das kommende Jahr sollen für diese Angebote wieder Plätze vergeben und durch die Studiengänge Gesundheitsmanagement, Stadt- und Regionalplanung sowie Architektur erweitert werden.

Hinsichtlich der Elterngeldstelle möchte ich auf die sehr positive Entwicklung hinweisen. Bezirksstadträtin Schmitt-Schmelz ist es mit dem verantwortlichen Team durch gezielte Steuerungsmaßnahmen gelungen, den Bearbeitungsstand auf derzeit 7,4 Wochen abzusenken und damit landesweit einen der besten Werte zu erzielen.

Mit freundlichen Grüßen

Naumann

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1782/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mehr Personal statt Sicherheitslücken - Stellenbesetzung vorantreiben

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht darzulegen, mit welchen Maßnahmen es die prekäre Personalsituation in der Verwaltung vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der mit dem Bevölkerungswachstum verbundenen Mehraufgaben des Bezirks überwinden will. Dem Haushaltsausschuss ist hierzu in einer regelmäßigen schriftlichen Sitzungs-Vorlage jeweils monatsweise insb. zu folgenden Punkten zu berichten:

1. Personalbestandsentwicklung insgesamt und aufgegliedert nach den einzelnen Abteilungen des Bezirksamts und den einzelnen Ämtern inkl. Zu- und Abgänge sowie Gesamtzahl der Beschäftigten;
2. Vollzeit-Äquivalente (VzÄ) -Bestand zum Monatsende insgesamt und aufgegliedert nach den einzelnen Abteilungen und Ämtern sowie nach besetzten und nicht besetzten Anteilen, differenziert nach Stellenanteilen >0,49, einmal alle Stellen;
3. Zahl/VzÄ der Stellenbesetzungsverfahren insgesamt und aufgegliedert nach den einzelnen Abteilungen und Ämtern - in der Bearbeitung der Serviceeinheit Finanzen und Personal (Zentrales Bewerbungsbüros, Stellenbewertung, Personalstelle und Stellenwirtschaft) und der Büroleitungen samt der Verfahrensdauer ab Stellenfreimeldung entwickelt hat;
4. alle Abteilungen stellen ihre Personalübersicht über die einzelnen Bereiche im Haushaltsausschuss dar.

Bei der Vorlage ist das Bezirksamt insb. gehalten darzustellen, wie sich die durchschnittliche Dauer der Stellenbesetzungsverfahren entwickelt hat, welche Maßnahmen für die Optimierung von Einstellungsprozessen es eingeleitet hat und welche weiteren Reformbedarfe es sieht. Alle notwendigen Schritte sind mit der BVV abzustimmen.

Der BVV ist erstmalig zum 28.02. 2021 zu berichten.

Begründung:

Aus der Vorlage zur Kenntnisnahme DS 1591/5 „Brandschutz an den Kitas und Schulen im Bezirk“ werden erhebliche Mängel bei der Personalentwicklung deutlich, die bis zu einer Gefährdung individueller Rechtsgüter führen können. Es ist nicht hinzunehmen, dass ein Stellenbesetzungsverfahren von der Freimeldung über insg. 18 Verfahrensschritte erst nach mehr als 14 Monaten zum Abschluss kommt und der Abteilung damit für sicherheitsrelevante Aufgaben aktuell nur ein Drittel des notwendigen Personalbestands zur Verfügung steht. Solche Berichtsverfahren haben sich in anderen Bezirken wie z.B. Tempelhof-Schöneberg bewährt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Dieke

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1630/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Informationsveranstaltung zum Haushaltsplan 2022/2023

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, Bürger*innen im Bezirk im Sinne des § 40 (2) BezV-wG auf Informationsveranstaltungen rechtzeitig über den Bezirksdoppelhaushalt 2022/2023, seine Grundlagen sowie Ziele, Zwecke und Auswirkungen zu unterrichten und die Planungen öffentlich mit Bürger*innen zu diskutieren.

Die Informationsveranstaltungen sind nach der Übermittlung der Globalsummen an die Bezirke/vor dem Eckwertebeschluss des Bezirksamts sowie während der Beratungen/vor Beschluss des Haushaltsplans durchzuführen.

Bei der Vorbereitung der Veranstaltungen sind folgende Vorgaben vom Bezirksamt zu beachten:

- Die Informationsveranstaltungen sind frühzeitig zu bewerben:
 - auf der Internetseite des Bezirks (mindestens vier Wochen vor dem jeweiligen Termin)
 - über Informationsflyer und/oder Plakate an den Standorten des Bezirksamts mit Kund*innenverkehr, in Stadtteilzentren, Jugendzentren, Bibliotheken und weiteren bezirklichen Einrichtungen in allen Bezirksregionen (mindestens vier Wochen vor dem jeweiligen Termin)
 - über die Lokalpresse (langfristige Ankündigung der Veranstaltungsreihe mit Terminen sowie kurzfristig vor den jeweiligen Terminen)

- Auf der Internetseite des Bezirks sind vor Beginn der Veranstaltungen Informationen zum „A bis Z“ des Bezirkshaushalts zur Verfügung zu stellen, um Begriffe und Verfahren zu erläutern.
- Der Haushaltsplan ist der interessierten Öffentlichkeit lesbar und verständlich darzustellen.
- Bürger*innen ist die Möglichkeit zu geben, Fragen zu stellen und Anregungen zur Verwendung der Haushaltsmittel zu geben.

Der BVV ist bis zum 31.01.2021 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1596/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Einkaufsstraßen neu denken

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, im ersten Schritt Standortanalysen aller Einkaufsstraßen im Bezirk anzufertigen. Aufbauend auf den Ergebnissen sollen dann im zweiten Schritt mit allen Akteuren Entwicklungskonzepte erarbeitet werden, um die Einkaufsstraßen im Bezirk weiterzuentwickeln und damit langfristig zu sichern.

Erforderliche finanzielle Mittel zur Umsetzung sind ggf. über Förderprogramme des Landes- oder des Bundes einzuwerben.

Bereits bestehende Beschlüsse der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf sind in den Prozess miteinzubeziehen.

Der BVV ist erstmalig bis zum 31.06.2021 zu berichten.

Begründung:

Die bereits bestehenden Schwierigkeiten der Einkaufsstraßen im Bezirk wurden durch die Corona-Krise noch einmal verschärft. Der Online-Handel macht dem stationären Handel in den Fußgängerzonen und Einkaufsstraßen zunehmend mehr zu schaffen, Läden müssen schließen und stehen anschließend zum Teil über einen längeren Zeitraum leer.

Der Leerstrand – und damit das verringerte Angebot – führt wiederum dazu, dass die Attraktivität des Standorts weiter nachlässt.

Aus diesem Grund müssen gemeinsam mit allen Akteuren abgestimmte Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden.

Einkaufsstraßen müssen vielfältig sein und zum Verweilen einladen. Dazu gehört ein ansprechender Geschäftsmix, ein gutes Einkaufserlebnis, sowie Zonen mit Sitzgelegenheiten zum Ausruhen und Verweilen. Auch bezirkliche Institutionen (z.B. Bürgeramt, Bibliothek) können Einkaufsstraßen zusätzlich beleben.

Menschen müssen sich beim Einkaufen wohlfühlen, deswegen kann auch eine verstärkte Begrünung oder eine Reduzierung des fließenden Verkehrs sinnvoll sein. Dadurch könnten Sicherheit und Luftqualität verbessert, Lärm reduziert und insgesamt die Aufenthaltsqualität erhöht werden.

Auch ein abgestimmtes Parkraummanagement (sofern noch nicht vorhanden) sowie ein Konzept für Ladezonen sollte im Konzept-Prozess diskutiert werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Hertel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1612/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Einkaufsstraßenentwicklungsplan

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, auf Grundlage von Datenerhebungen einen bezirklichen Entwicklungsplan für die Einkaufsstraßen, z.B. für die Wilmersdorfer Straße, den Ku'damm und den Rüdeshheimer Platz, erarbeiten zu lassen.

Das Bezirksamt soll den Plan federführend erstellen und unter anderem auf wissenschaftliche Methoden extern durch Dritte zurückgreifen.

Mögliche Kriterien sollten hierbei Leerstand, Altersstruktur und Mietentwicklung sein. Sollte die Finanzierung nicht über den bezirklichen Haushalt möglich sein, dann sollten hierfür finanzielle Mittel des Landes Berlin abgerufen oder gefordert werden.

Der BVV ist bis zum 30. September 2020 zu berichten.

Begründung:

Charlottenburg-Wilmersdorf und ganz Berlin stehen in einem starken Wandel. Viele ziehen in die City-West und verändern dadurch die Kieze. Dieser Strukturwandel ist nicht nur seit über 15 Jahren bemerkbar, sondern verstärkt zudem sein Tempo. Die Händler in den Einkaufsstraßen leben aber weiterhin von den Menschen, die lieber im Kiez einkaufen, statt online zu shoppen. Die Einkaufsstraßen müssen sich daher an die Veränderungen der Kieze anpassen und den Menschen vor Ort ein attraktives Angebot bieten. Solche Veränderungen der Kieze können nur durch eine datenbasierte Analyse prognostiziert werden. Denn nur dann kann die Politik sinnvolle Maßnahmen auf den Weg bringen, um die Attraktivität unserer Einkaufsstraßen aufrecht zu erhalten. Statt die innovativen Projekte der zahlreichen Standortgemeinschaften im Bezirk nur zu begrüßen, kann die Politik mit einer externen und neutralen Datenerhebung Grundlagen sammeln, um gezielt zu wirken. Nicht nur im Bereich Stadtentwicklung, Verkehr, Schule oder Sport wird ein fundierter Entwicklungsplan benötigt, sondern eben auch bei der Infrastruktur im Einzelhandel.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf/Burth

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1661/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

"Dienstrad-Angebote" für alle Beschäftigten des Bezirksamtes

Die BVV möge beschließen:

Die BVV fordert das Bezirksamt auf, allen seinen nicht beamteten unbefristet Beschäftigten für die Wege von und zur Arbeit ein Rad anzubieten, das mit dem Gehalt verrechnet werden können. Entsprechende organisatorische Unterstützung bieten inzwischen verschiedene Dienstleister in Deutschland an.

Das Bezirksamt wird gebeten, sich auf Landesebene dafür einzusetzen das durch Anpassung landesrechtlicher Regelungen auch Beamte das Angebot wahrnehmen können.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Begründung:

Um die Verkehrswende auch in Charlottenburg-Wilmersdorf voran zu bringen, könnte eine Dienstrad-Initiative des Bezirksamtes für die eigenen Mitarbeiter*innen, die es auch u.a. schon in Freiburg, Heidelberg oder Hamburg gibt ein kleiner Beitrag für weniger Autoverkehr in der Innenstadt sein und nebenbei auch noch im Bezirksamt Beschäftigten etwas mehr Bewegung verschaffen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD/Grüne/LINKE

Sempff/Tillinger/Kempff/Wapler/Ju-
ckel/Schenker

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1597/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mehr Mieterschutz I - Stärkung der personellen Voraussetzungen zur Einführung und Umsetzung von Milieuschutz

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, im Bereich der Stadtplanung mindestens 5 zusätzliche Stellen für die Einführung und Betreuung von Sozialen Erhaltungsgebieten nach § 172 Abs. 1 BauGB einzurichten.

Dazu sollen in einem ersten Schritt

- a. die vorhandenen Stellen vollständig besetzt werden
- b. Gegenüber der Senatsverwaltung auf den Zusammenhang zwischen Stärkung des Milieuschutzes und einer dazu auskömmlichen Personalausstattung hinweisen und um Unterstützung einzufordern.

Ein erster Zwischenbericht ist der BVV bis 30. 11. 2020 vorzulegen.

Begründung:

Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ist stärker als andere Berliner Bezirke von Aufwertungs- und Verdrängungsdruck durch bauliche Maßnahmen am Mietwohnungsbestand betroffen. Gleichwohl kommt das Instrument des besonderen Städtebaurechts zum Schutz der Bevölkerungszusammensetzung im Vergleich bisher ungenügend zur Anwendung. Dies verstärkt zukünftig die Gefahr überbordender öffentlicher Kosten bei der Anpassung der sozialen Infrastruktur an eine sich verschiebende Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in Charlottenburg-Wilmersdorf.

Um seitens des Bezirks die Einrichtung und Durchsetzung des erforderlichen Genehmigungsvorbehalts baulicher Veränderungen im Mietwohnungsbestand als Abwehr dieser drohenden Kosten für die öffentliche Hand abzuwenden, muss der Bezirk deutliche Personalvorsorge treffen und die Arbeitsfähigkeit hier deutlich durch Personalaufstockung und Effizienzsteigerung erhöhen.

Eine Stärkung des Personals im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf kommt dabei auch den anderen Berliner Bezirken zugute. Sofern angestammte Bevölkerung aus CW auf Grund baulicher Veränderungen an den von Ihnen gemieteten Wohnhäusern oder sogar die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen dazu führen, dass sie ihre Wohnungen und ihren Stadtteil verlassen müssen, so erzeugt dies auch in den anderen Berliner Bezirken einen zusätzlichen Handlungsbedarf, da sie unabhängig von Verwaltungsgrenzen in anderen Berliner Stadtteilen als Wohnungssuchende auftreten und auch dort zu Verschiebungen in der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung im Sinne einer Kettenreaktion beitragen. Daher sind die negativen Beeinträchtigungen der städtebaulichen Struktur bereits am Ort ihrer Entstehung wirkungsvoll durch Sozialen Erhaltungsgebieten nach § 172 Abs. BauGB schnellstmöglich einzudämmen.